



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Spiero, Heinrich: Maßgebliches und Unmaßgebliches

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Das genügt, sagte Rose würdig. Und ich danke Ihnen, daß Sie mir so ehrlich geantwortet haben. Nun wollen wir nicht mehr darüber reden.

An diesem Abend grübelte Jörgen Steinfeld über mancherlei und vieles, am meisten aber über das sonderbare Ereignis, das die Einleitung zu diesem Gespräch gewesen war. Komtesse Rose dagegen beschloß, ihr eigener Lotse zu sein, und nun begann auch sie zu erkennen, was es heißt, auf dem Meere des Lebens zu fahren.

Katt und Ihre Gnaden, deren Augen doch sonst immer weit offen waren, hatten gerade an diesem Abend nicht das Geringste gemerkt; sie waren ganz von literarischen Fragen in Anspruch genommen. Ihre Gnaden als Literaturfreundin ärgerte sich über die Bücherbesprechungen im Ortsblatt, die von dem Pseudonym Maß Jepsen unterzeichnet waren.

Diesen Maß kann ich nicht vertragen, sagte sie, es ist mir unerklärlich, daß der tüchtige Redakteur keinen andern dazu herankommen konnte.

O, sagte Katt, Maß hat eine Fabrik für solche Ware. Die vortrefflichen Landzeitungen tun sich zu dreißig bis vierzig Stück zusammen und vermögen auf diese Weise Maßens geistreiche Gedanken für ein paar Groschen das Stück über das ganze Land zu verbreiten, andernfalls könnte sich die Sache nicht rentieren.

Nun vermochte Ihre Gnaden es besser zu verstehen, doch meinte sie immerhin, daß diese Wohltätigkeit lieber in der Stille geübt werden müßte.

Katt zuckte mit den Achseln. Guer Gnaden, sagte er, was tut nicht das Vaterland für einen echten einheimischen Stümper?

Katt hätte lieber den Stümper Maß und die Literatur sich selbst überlassen und auf sein eignes Gewerbe achten sollen; auf den Marquis und die Komtesse! Aber das ist es ja eben; die Leute tun nicht immer, was sie sollen, und manche glauben sogar, daß dies dem Leben ein wenig Würze verleihe. Vielleicht ist es auch so.

(Fortsetzung folgt)



## Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel. (Baron Aehrenthal und die Delegationen. Die Marokkopolitik. Die Flottenvorlage. Die Enteignungsvorlage im Herrenhause. Die Katastrophe in Portugal.)

Berlin, 2. Februar 1908

Die Fragen unsrer auswärtigen Politik sind einmal wieder mehr in den Vordergrund getreten und werden in der Presse vielfach erörtert. Die Veranlassung dazu ist vor allem durch die Marokkodebatten in der französischen Deputiertenkammer, sodann durch die Verhandlungen der österreichisch-ungarischen Delegationen gegeben worden. Was Baron Aehrenthal, der gemeinsame Minister des Auswärtigen für Österreich und Ungarn, von dem gegenwärtigen Stande der internationalen Politik zu sagen wußte, konnte in Deutschland nur ein freundliches Echo wecken. Die österreichisch-ungarische Politik hält an der alten Grundlage der Freundschaft mit Deutschland fest. Die Hauptsache aber ist, daß dieser gute Wille der österreichisch-ungarischen Staatsleiter seine Grundlage und feste Stütze hat an einer Interessengemeinschaft, die auch durch die deutschfeindlichen Bestrebungen der Tschechen, Polen und Magyaren in absehbarer Zeit nicht ernstlich gefährdet werden kann. Daran wird auch nichts dadurch geändert, daß der schon früher unternommene Versuch der österreichischen Slawen, die preußische Polenpolitik zu kritisieren und daran lärmende

Feindschaftskundgebungen gegen das Deutsche Reich zu knüpfen, wiederholt worden ist. So scharf wir solche Einmischungen zurückweisen müssen, so deutlich sehen wir auch, daß das Bündnis zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn festere und beständigere Grundlagen hat als die Stimmungen der einzelnen Nationalitäten, die in dem alten Donaureich um Geltung ringen. Diese Feststellung soll nicht einer politischen Sorglosigkeit das Wort reden — denn auch das sicherste Bündnis entbindet ein großes Reich nicht von der Pflicht, für sich selbst zu sorgen —, sondern nur den Übertreibungen entgentreten, die aus einzelnen, teilweise noch dazu unrichtig gedeuteten Symptomen die Wertlosigkeit des Dreibundes nachweisen wollen. Baron Mehrenthal hat sich im letzten Jahre besonders bemüht, auch Italien näher zu treten. Bis dahin waren die Beziehungen zwischen Italien und Österreich-Ungarn nicht selten nur gerade so freundlich gewesen, daß das Dreibundverhältnis eben noch dabei bestehen konnte. Die freundlichen Beziehungen zu dem Dritten im Bunde, zu Deutschland, hielten mehr als die direkten Gesinnungen der beiden Mächte das Bündnis aufrecht. Nun ist es dem österreichisch-ungarischen Minister zweifellos gelungen, eine wärmere Temperatur in dem Verhältnis zwischen seinem Staat und Italien zu schaffen. Dabei hat es freilich nicht an mißtrauischen Leuten gefehlt, die in dieser stärkeren Annäherung Österreich-Ungarns an Italien den Versuch einer Ausschaltung Deutschlands aus dem Dreibund und eine Abwendung von dem ursprünglichen Zweck des Dreibunds erkennen wollten. Gegen die Richtigkeit dieser Auffassung sprechen viele Wahrscheinlichkeitsgründe, die nicht nur in den Persönlichkeiten, die für die Politik der habsburgischen Monarchie bestimmend sind, liegen, sondern auch in den wirtschaftlichen Interessen des Landes. Erwähnt muß aber diese Deutung und Meinung werden, weil eine gewisse Unterlage dafür vorhanden ist in den Stimmungen und Intrigen slawischer Politiker in Österreich, die ihre Regierung gern in eine Bahn drängen möchten, die vom Dreibunde wegführt. Vorläufig wird diese Liebesmühe umsonst sein.

Das Exposé Mehrenthals in der ungarischen Delegation war diesmal besonders bedeutsam durch den Hinweis auf die Verhandlungen mit der Türkei wegen des Anschlusses der türkischen Eisenbahnlinien auf der Balkanhalbinsel an das Bahnnetz in Bosnien. Auch soll Montenegro endlich an das europäische Eisenbahnnetz angeschlossen werden. Das sind Pläne von großer Wichtigkeit auch für die deutschen Wirtschaftsinteressen im nahen Orient. Wahrscheinlich wird die österreichisch-ungarische Regierung bei der Lösung dieser Aufgabe noch viele Schwierigkeiten durchzukämpfen haben. Diese Schwierigkeiten ergeben sich aus dem zu erwartenden Widerstande der türkischen Regierung, die eine neue direkte Schienenverbindung zwischen Saloniki und den österreichischen Kronländern durch Bosnien sowie zwischen Österreich-Ungarn einerseits und Griechenland und Montenegro andererseits mit mißtrauischen Augen ansehen wird. Die Balkanpolitik Österreich-Ungarns ist überdies stets ein Gegenstand der eifersüchtigen Aufmerksamkeit Rußlands, und wenn auch vor einigen Jahren die bekannte Verständigung auf das sogenannte Müritzsteger Programm stattgefunden hat, so liegt doch die Auffassung der einzelnen Punkte des Programms niemals so klar, daß sie sich im Wandel der Zeiten und Umstände nicht verschieben könnte. So kann man denn auch jetzt in der russischen Presse lesen, die von Baron Mehrenthal verkündeten Eisenbahnpläne gingen über das Müritzsteger Programm hinaus. Wenn der Eindruck erweckt werden könnte, daß sich die russische Regierung diese eifersüchtigen Bedenken ebenfalls zu eigen macht, so würde das der Pforte gewiß Veranlassung geben, die Entscheidung der neuen Verkehrsprojekte so weit wie möglich hinauszuschieben. Wir Deutschen stehen, wie schon erwähnt, den angekündigten Unternehmungen des befreundeten Nachbarstaates freundlich gegenüber,

wenn wir uns auch aus begreiflichen Gründen nicht selbst daran beteiligen können. Im nahen Orient kann die Politik Deutschlands nur darin bestehen, daß es seine Interessen durch freundschaftliche Beziehungen zur Türkei wahrzunehmen weiß, und soweit die europäisch-christlichen Interessen der Großmächte in Betracht kommen, im Einvernehmen mit Osterreich-Ungarn und Rußland handelt. Um diese Grundsätze festzuhalten, muß es nach verschiedenen Seiten hin vermitteln können. Es hat ein Interesse daran, Osterreich-Ungarn und Rußland in Balkanfragen beisammen zu halten und durch das Vertrauen, das es bei der Türkei genießt, Konflikte hintanzuhalten. Gerade deshalb darf sich Deutschland in den besondern Orientfragen nicht zu tief engagieren.

Die Marokkofrage ist durch die Debatte in der französischen Deputiertenkammer wieder mit besondrer Lebhaftigkeit erörtert worden. Der Rede Delcassés ist hier schon gedacht worden. In der folgenden Sitzung, am Montag der letzten Woche, ergriff Herr Pichon, der Minister des Auswärtigen, selbst das Wort. Delcassé hatte Töne angeschlagen, denen das französische Temperament schwer widersteht. Indem er derartige Wendungen, die ihrer Wirkung sicher waren, zahlreich und in guter Verteilung in seiner Rede anbrachte, durfte er auf reichliche Beifallspenden zählen. So geschah es auch. Aber gute Kenner der Verhältnisse und des französischen Charakters sagten schon unter dem frischen Eindruck der Rede Delcassés voraus, daß er den eigentlichen Zweck seiner Rede, nämlich sich in empfehlende Erinnerung zu bringen, nicht erreichen werde. Pichon schüttelte ihn ab in einer ziemlich scharfen Zurückweisung der Behauptungen, mit denen Delcassé vornehmlich seine einstige Marokkopolitik zu erläutern und zu rechtfertigen versucht hatte. Zugleich legte Pichon die Grundsätze seiner eignen Marokkopolitik noch einmal offen dar: strenge Beachtung der Algecirasakte; keine Parteinahme für einen der beiden um den Thron streitenden Sultane; keine weitere Ausdehnung der Operationen in das Innere des marokkanischen Reichs; Betonung des provisorischen Charakters der Besetzung von Casablanca und der damit in Zusammenhang stehenden Maßregeln; keine eigenmächtigen Finanzunternehmungen über die Abmachungen von Algeciras hinaus. Diese Versicherungen Pichons fanden den Beifall der Kammermehrheit. Die Kammer erteilte dem Ministerium ein Vertrauensvotum und legte sich durch einen Beschluß auf diese Grundsätze fest.

Das sieht sehr befriedigend für uns aus: Delcassé verleugnet, Pichon gestützt, und alles, was wir zurzeit von Frankreich in Marokko erwarten können, von der Volksvertretung gebilligt! Besonders erfreulich ist aber die Lage trotz alledem nicht. Allerdings geht daraus klar hervor, daß in Frankreich eine lebhafte Abneigung gegen eine Politik besteht, die das Land in Abenteuer und kriegerische Verwicklungen stürzen kann. Man sträubt sich dagegen, sich in eine solche Politik mit Bewußtsein hineinführen zu lassen, und will deshalb von Delcassé, über dessen einstige Absichten man trotz aller Rhetorik völlig klar sieht, nichts wissen. Aber darum ist doch noch nicht ganz sicher, wohin die Verhältnisse die französische Politik möglicherweise treiben können. So bestimmt Pichon die Richtlinien der von ihm beabsichtigten Politik bezeichnete, so vorsichtig drückte er sich doch in verschiedenen Wendungen seiner Rede aus, worin deutlich zu erkennen war, daß er das Schwierige, Unberechenbare und Widerspruchsvolle der ganzen Lage nur zu sehr empfindet und eine Verantwortung für das, was möglicherweise geschehen wird, ungern übernimmt. Die weitere Entwicklung der Dinge in Marokko ist heute gänzlich undurchsichtig, und wir werden, ohne an der Friedensliebe und Ehrlichkeit der gegenwärtigen französischen Regierung und der sie stützenden Mehrheit der Kammer wie auch der Nation zu zweifeln, doch darauf gefaßt sein müssen, daß die marokkanischen

Zustände eines Tags eine Gestalt gewinnen, die alle Berechnungen von Algeciras illusorisch macht, und daß dann auch Frankreich zu Entschlüssen gelangt, in denen das Selbstbewußtsein der Nation und die Eigenheit ihres Temperaments alle Bedenken beiseite drängen, die in ruhigen Stunden für die jetzige französische Politik mitbestimmend gewesen sind. In solcher Lage wird vielleicht erst in vollem Umfange klar werden, wie wertvoll es ist, daß wir in so schwierigen und unberechenbaren Verhältnissen, wie sie in dem scherifianischen Reich die Regel sind, weder unsre wichtigen Handelsinteressen einfach aufgegeben oder sie in fremde Hand gelegt haben, noch uns in politische Abenteuer haben verwickeln lassen, ohne Inhalt und Grenzen unsrer Ansprüche in einer Urkunde von internationaler Geltung zu fixieren. Die letzte Entscheidung aller politischen Fragen liegt selbstverständlich immer in dem Umfang und dem Gewicht der realen Interessen und in der Macht, die dafür eingesetzt wird. Aber die formalen Abmachungen verlieren, wenn auch die Ereignisse oft über sie hinwegschreiten, doch nicht ihre Bedeutung. Es ist nicht gleichgiltig, welcher Art in kritischen Augenblicken die formale Grundlage der Verhandlungen ist, zumal in einer Frage, über die selbst im eignen Lande die Meinungen so weit auseinandergehen. Und wenn es trotz allen friedlichen Bemühungen zu einem Konflikt kommt, so ist es wiederum nicht gleichgiltig, ob durch die Art der Rechtsgrundlage der Punkt deutlich bezeichnet ist, worin das Rechts- und Ehrgefühl der Nation etwa verletzt worden ist. Darum bleibt die klare, internationale Festlegung dessen, was jede einzelne der Signatarmächte von Algeciras in Marokko zu fordern hat, von großem Wert trotz der Unsicherheit der marokkanischen Verhältnisse. Das sollen die Kritiker der Algecirasakte und die nervösen Leute, die wegen der unerwarteten Änderung der Lage schon wieder eine neue Konferenz fordern, wohl bedenken.

Der Reichstag ist in die zweite Beratung des Stats eingetreten. Er hat mit dem Marineetat begonnen und sogleich die zweite Lesung der Flottenvorlage erledigt. Die Vorlage ist angenommen worden, sodaß nicht daran zu zweifeln ist, daß die dritte Beratung das Ergebnis bestätigen wird. Die Erzungenschaft besteht also, um es noch einmal kurz zu bezeichnen, in einer Herabsetzung der Lebensdauer der Schiffe und in der Annahme der neuen größern Schiffstypen. Da hiernach der frühere Ersatz des schon vorhandenen Materials ins Auge zu fassen ist, so schließen diese Maßnahmen zugleich eine gewisse Baubeschleunigung in sich. Die auch im Reichstage zur Sprache gebrachte Forderung einer darüber hinausgehenden Beschleunigung des Baues ist nicht verwirklicht worden, und man wird sich dabei bescheiden müssen. Es ist ein deutlicher Beweis, wie wenig wir mit dem Ausbau unsrer Flotte aggressive Zwecke verfolgen. Dem eigentümlichen internationalen Takt des Abgeordneten Nebel war es gleichwohl vorbehalten, in dieser Beratung wieder eine Bemerkung zu machen, durch die das Ausland, insbesondre England, gegen die Bestrebungen zur Stärkung unsrer Seemacht mobil gemacht werden sollte.

Die Polenfrage hat ebenfalls Veranlassung gegeben, in Preußen und Deutschland eine Scheidung der Geister herbeizuführen. Die Polenvorlage ist nun auch im Herrenhause verhandelt worden. Dabei ist der Widerstand gegen die Entzignung noch stärker zum Ausdruck gekommen als im Abgeordnetenhause. Trotzdem darf man die Hoffnung nicht aufgeben, daß die nationalen Gedanken siegreich durchdringen. Das Herrenhaus wird die Verantwortung nicht auf sich nehmen können, diese Vorlage zum Scheitern zu bringen. Man darf hoffen, daß das Plenum des Herrenhauses in der zweiten Lesung den Forderungen des Staates gerecht werden wird. Auch in dieser Frage herrschen lebhafteste Bemühungen, durch einen Druck vom Auslande her die entscheidenden Faktoren der Gesetzgebung des

preussischen Staates einzuschüchtern. Hoffentlich aber werden diese Bemühungen erfolglos sein.

Noch immer steht die Reichsfinanzreform als erste Frage im Hintergrunde und beherrscht die ganze Lage. Freiherr von Stengel hat sein Abschiedsgesuch eingereicht und will die schwierige Lage in andre Hände legen. Man muß das um so mehr bedauern, als der Wirksamkeit in diesem Amte enge Grenzen gezogen sind, und es viel Mühe kosten wird, die Leitung dieses Reichsamts unter so schwierigen Umständen in geeignete Hände zu bringen.

Soeben kommt die Nachricht von der entsetzlichen Katastrophe in Portugal. Nichts kann den Abscheu vor dieser Bluttat, die gegen die gesamte Dynastie gerichtet zu sein schien, mildern. Denn wenn der ermordete König auch wirklich gegen die Verfassung des Landes gefehlt hat, so bleibt doch die Sinnlosigkeit und Nutzlosigkeit dieses feigen Verbrechens deutlich genug. Es hat ja auch den Anschein, als ob die frevelhafte Bluttat ganz entgegengesetzte Wirkung haben wird, wie die Verbrecher — anscheinend gedungne Meuchelmörder einer der Dynastie feindlichen Partei — erwartet haben. Es wäre zu wünschen, daß die Enttäuschung der Urheber dieses schrecklichen Verbrechens recht groß sein möchte. Schon jetzt läßt sich erkennen, daß der schmachvolle Anschlag die Sympathien des Volks für die gefährdete Dynastie neu belebt hat. Man darf erwarten, daß der junge König Manuel, der unter so traurigen Umständen den Thron seiner Vorfahren besteigen muß, jetzt an allen guten Elementen seines Volks eine feste Stütze finden wird.

Wilhelm Jordan und die Polenfrage. Der Reichskanzler hat in seiner jüngsten Rede über die Polenvorlage im Herrenhaus, wahrscheinlich zur Bewunderung vieler Anwesenden, Wilhelm Jordan, den Dichter und Freiheitskämpfer, der einst Mitglied des Frankfurter Parlaments war, als Kronzeugen für die deutsche Sache in der Ostmark zitiert.

Die Situation, in der Wilhelm Jordan in der Paulskirche die Rede hielt, und die Rede selbst sind interessant genug. Den Anlaß zu der Erörterung der Polenfrage überhaupt bot die Frage der sogenannten Demarkationslinie. Preußen hatte das Großherzogtum Posen durch eine Demarkationslinie in einen polnischen und einen deutschen Teil gesondert und den deutschen Teil zu Deutschland geschlagen. Demnach waren nun in Deutschposen Wahlen für die deutsche Nationalversammlung vorgenommen worden. Von den Polen und mit gleicher Heftigkeit und gleichen Gründen von der gesamten Linken des deutschen Parlaments wurde nun diese Demarkationslinie und damit das Recht der Wahlen in Deutschposen angefochten. Die zwölf Abgeordneten Posens, von denen elf Deutsche und nur ein einziger ein Pole waren, was ein Bild von der Stimmung und Bevölkerung dieses von den Polen reklamierten Landesteils geben mag, waren bisher interimistisch zu den Sitzungen der Paulskirche zugelassen worden und sollten nun, als zu Unrecht der deutschen Nationalversammlung angehörend, ausgeschlossen werden. Die Diskussion war äußerst erregt. Das Vorparlament hatte zu ungunsten der Deutschposener und für die Polen entschieden. Die deutschposenschen Abgeordneten traten in lebhaften und ausgezeichneten Reden für ihre Zugehörigkeit zu Deutschland und seinem Parlament ein, schilderten der in angeblich humanitären Wahnideen und Ideologien befangenen Linken die Wirklichkeit, machten klar, wie die Deutschen in der Zeit nach der Revolution von den Polen bedrückt wurden, wie es sich hier nicht um polnische, sondern auch um deutsche Landesteile handelte, wie die Absonderung dieser Gebiete von Deutschland soviel heiße, „wie deutsche Gebiete weggeben gegen den Willen der deutschen Bewohner in diesen Gebieten“. Aber das Bild der Wirklichkeit, mit

dem die Deutschposener wirken wollten, verblaßte bald unter dem Aufwand von Pathos und Theorie, den die deutsche Linke der Paulskirche zugunsten der Polen machte. Daß man von dem Schmerz an dem Kirchhof eines Volkes sprach, war menschlich begreiflich, daß man dieses Unrecht den drei Teilungsmächten zur Last legte, nach Sühne schrie und um dieser Sühne willen einen europäischen Krieg entfesseln wollte, daß man behauptete, dieser Krieg würde nicht etwa für ein lyrisches Gefühl, sondern für den neuen Staat, den Weltstaat geführt werden, war politischer Wahnsinn, der in einem andern Parlament der Welt schwerlich möglich gewesen wäre. Nachdem eben einige deutsche Redner der Linken in diesem Sinne pathetische Prinzipien gepredigt und tragische Tränen vergossen hatten, betrat Wilhelm Jordan die Rednerbühne. Sein Auftreten schildert Heinrich Laube im zweiten Bande seines Buches über das erste deutsche Parlament:

Ein hochgewachsener Mann mit kleinem Haupte. Das blasse Antlitz, von kurzem dunkeln Haar und dünnem Bart umsäumt, sah wunderlich lächelnd auf die Linke hinüber. Verspricht er ihr einen ungewöhnlichen Triumph? Es liegt eine herausfordernde kalte Sicherheit in diesem jungen Manne, dessen muskulöse Arme sich übereinander schlagen. Und doch herrscht eine schwirrende Unruhe auf der Linken, die er lächelnd abzuwarten scheint. In der Tat, er will gegen seine Partei sprechen, und seine Rede soll der Mittelpunkt des ganzen Treffens werden. Es ist Wilhelm Jordan, aus Berlin geheißten, weil er in der Mark gewählt ist.

Seine Rede, unbestritten eine der wichtigsten und gewaltigsten im deutschen Parlamente, nahm folgenden Gang: Er nannte es einen Irrtum, daß Posen überhaupt je ein schlechtin polnisches Land gewesen sei. Der Neßedistrikt habe ursprünglich zu Pommern gehört und sei erst durch den Vertrag von Thorn als eine Eroberung an Polen gekommen. Durch Eroberung sei er im Vertrage von Warschau an Preußen gelangt. Preußen habe infolge des Berliner Aufstandes eine polnische Reorganisation versprochen, aber die Deutschen im Großherzogtum, nicht die preußische Regierung, hätten für solch eine Reorganisation eine Abgrenzung der deutschen Distrikte verlangt. Daraus sei die Demarkationslinie entstanden, und wenn sie einen Sinn haben sollte, so müsse sie auch so ausfallen, daß die deutsche Abgrenzung eine wirkliche Grenze, also ein Schutz für die Deutschen werde. Dazu sei die mit ungeheuerem Geldeaufwand gebaute Festung Posen mit ihrer Verteidigungslinie unerläßlich. Berufe man sich hierbei auf die Sympathie für Polen, so berufe man sich auf einen hergebrachten politischen Glaubensartikel, der gar sehr eine genauere Untersuchung verdiene. Er sei fern davon, dieser Sympathie einen edeln menschlichen Grund abzusprechen. Ein tapferes Volkstum, das nicht mehr stark genug sei, sich unter ebenbürtigen Nationen zu erhalten, verdiene diese Sympathie. Ein andres sei es aber, ergriffen zu sein von einem Trauerspiel, und ein andres, dieses Trauerspiel gleichsam rückgängig machen zu wollen. „Polen bloß deswegen herstellen zu wollen, setzte er hinzu, weil sein Untergang uns mit gerechter Trauer erfüllt, das nenne ich eine schwach sinnige Sentimentalität. (Bravo von der Rechten, Zischen von der Linken.) Es ist eine heitere Abwechslung für mich, diesen Ton einmal von dieser Seite zu hören.“ (Gelächter.)

Jordan sagte noch viele ausgezeichnete Dinge, die die Linke mit wütendem Zischen beantwortete. Darunter war der ausgezeichnete Satz:

„Das Recht der Geschichte kennt nur Naturgesetze, und eins derselben sagt, daß ein bloßes Volkstum noch kein Recht hat auf politische Selbständigkeit, sondern erst durch die Kraft, sich als Staat unter andern zu behaupten.“ Und diese Kraft habe eben Polen nicht gehabt; in einer vorschreitenden Zeit habe es aus Edelleuten, Juden und Leibeignen bestanden. Sogar Rousseau habe 1772 gesagt, es sei ihm

das größte Wunder, daß ein Staat wie der polnische noch einen Augenblick länger existieren könne. In demselben Jahre habe auch das Wunder ein Ende genommen. Die verschriene Teilung sei nicht ein Mord, sondern die Proklamation eines längst erfolgten Todes gewesen, „die Bestattung einer längst in der Auflösung begriffnen Leiche, die nicht mehr geduldet werden konnte unter den Lebendigen.“

Die Jordansche Rede bedeutete einen Wendepunkt in der Haltung der Paulskirche zur Polenfrage.

Seit dieser Zeit sind ja die einzelnen Formen andre geworden, in denen die polnische Frage die politische Welt beschäftigt. Der allgemeine Kampf lyrischer Empfindungen gegen die Logik der Tatsachen, der in der Paulskirche gekämpft wurde, ist heute noch der gleiche.

Literarische Notizen. Unter den vielen Sammlungen älterer Literaturdenkmäler, die heute veranstaltet werden, nehmen die Statuen deutscher Kultur eine besondere Stelle ein. Sie werden von Will Vesper im Verlage von C. F. Beck in München herausgegeben und bringen in schönem, aber nicht pretiossem Gewande zu wohlfeilen Preisen gutgewählte Werke älterer Poesie, die nicht nur ein literarhistorisches Interesse haben, sondern für uns noch Lebenswerte darstellen. Die eben erschienenen vier jüngsten Bände enthalten die „Geschichte von Giskli, dem Geächteten“, eine Erzählung, die Friedrich Ranke ausgezeichnet aus dem Isländischen des zwölften Jahrhunderts übertragen hat; dann zwei Bände Eichendorff: die Gedichte in einer Auswahl von Will Vesper und „Dichter und ihre Gesellen“, neu herausgegeben und eingeleitet von dem Lyriker Alexander von Bernus. Endlich hat sich Professor Emil Sulger-Gebing das besondere Verdienst erworben, im Rahmen dieser Sammlung Gedanken und Gedichte des lange vergeßnen und vornehmlich durch Lichtwark's Bemühungen wieder ans Licht gezogenen Malers Philipp Otto Runge einem größern Publikum vorzulegen. Als Runge starb, haben ihn noch Clemens Brentano und Achim von Arnim besungen, dann hat es zwei Menschenalter gedauert, bis wir wieder wußten, was wir an ihm haben. — Derselbe Verlag bringt in einer luxuriösen, aber nicht minder schönen Ausstattung unter dem Titel Cines Dichters Liebe Brautbriefe von Eduard Mörike heraus. Walter Eggert-Windegg hat die Briefe, die Eduard Mörike an Luise Nau und an seine spätere Gattin Margarete von Speeth geschrieben hat, unter Weglassung alles Nebenächlichen hier so vereinigt, daß der Eindruck der vollen Liebe einer Natur wie die Mörikes uns ans Herz greift. Der feine Humor Mörikes, den wir unter anderm aus dem früher von Eggert herausgegebenen Haushaltungsbuch des Dichters (Stuttgart, Strecker und Schröder) kennen lernten, liegt wie ein weicher Hauch über diesen Blättern junger Leidenschaft und reifer Herzenswärme. — Endlich sei in diesem Zusammenhange noch der Auswahl aus Hebbels Briefen, Tagebüchern und Gedichten gedacht, die der Verlag von Wilhelm Lange-wiesche-Brandt in München unter dem Titel Der heilige Krieg besichert hat. Hans Brandenburg baut aus den Selbstzeugnissen von der wundervollen Biographie bis zum Testament das Bild Hebbels auf. Dieses schon bei der Auswahl Goethischer Briefe von dem gleichen Verleger verfolgte System läßt sich nicht gut übertreffen; es erzieht nicht, wie manche ähnliche Unternehmungen, zur Oberflächlichkeit, sondern reizt im Gegenteil zu weiterer Versenkung in das ganze Werk des Dichters. Erwähnt sei, daß der sechsundzwanzig Bogen starke, gut gedruckte und mit hübschen Zierleisten von Käthe Wäntig versehene, steifbrotschierte Band nur 1,80 Mark, der in Leinen gebundene 3 Mark kostet.

Heinrich Spiero

